



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 142

Dez. 2004/Jan. 2005

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



SozialdemokratInnen: Startklar nach rechts?

Die SPÖ pocht auf ihre antifaschistische Tradition. Heute wirft sie sie oft über Bord.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



VA-Tech: Wo bleiben ÖGB und Metalller?

Siemens will die VA-Tech übernehmen. Trotz vollmündiger Ankündigungen der Gewerkschaft wurde bislang nichts dagegen unternommen. Es soll vorerst verhandelt werden. Eine Strategie zum Erhalt der Arbeitsplätze? SEITE 3

Schwerpunkt



Was ist Faschismus und wie wird er bekämpft

Faschismus und Rechtsextremismus sind keine neuen Phänomene, dennoch greifen die meisten Erklärungsversuche zu kurz und führen den antifaschistischen Kampf in eine Sackgasse. SEITEN 4/5

Internationales



Bush, die Zweite: Sind die Amis blöd?

“Hat ein blödes Volk eben einen blöden Präsidenten verdient?” oder warum konnte Kerry sich nicht durchsetzen? Eine Analyse der Wahlen und ein Ausblick auf kommende Auseinandersetzungen. SEITE 7

Pensionsraub und Vertragsbruch:



STREIK ist unser bester Schutz!

Bis zu 23% Pensionskürzungen, ein glatter Bruch des Kollektivvertrags bei der Bank-Austria-Creditanstalt (BA-CA), die drohende Schließung von weiteren hunderten Postämtern, sowie diktatorische Versuche Arbeiterkammern und HochschülerInnenschaft mundtot zu machen... Die Liste der Gewalttaten von Regierung und Kapital ließe sich beliebig fortsetzen. In vielen Betrieben schwankt die Stimmung zwischen nackter Wut und Resignation: Ist Widerstand gegen diese Attacken überhaupt möglich?

SCHÜSSEL UND UNTERNEHMER FAHREN ÜBER UNS DRÜBER!

Wolfgang Schüssel hat versprochen, “das Reformtempo” künftig ein wenig zu drosseln (Standard, 22.11.2004). Wahrscheinlich spürt selbst er, dass sich die allgemeine Stimmungslage dem Nullpunkt nähert. Alleine die als großer Wurf gefeierte Pensionsreform bedeutet selbst laut dem FPÖ(!)-Sozial“experten” Max Walch Abschlüsse bis zu 19% (OTS 0252, 28.10.2004). Völlig unklar ist, wie es für die heute unter 50-Jährigen weitergeht. Pensions-

fachmann Franz Marhold kündigt bereits die nächsten Schritte an: “Österreich werde langfristig nicht umhin kommen, das Pensionsalter weiter anzuheben.” (Die Presse, 19.11.). Die Arbeiterkammer hat einige Beispiele von ArbeitnehmerInnen ausgerechnet, die durch die Reformen seit 2000 fast ein Viertel ihrer Pension verlieren! Die Regierung nennt das Gräuelpropaganda- und beweist einmal mehr ihre völlige Abgehobenheit: Laut einer ÖGM-Umfrage glauben nur 9 Prozent, dass die Harmonisierung persönliche Vorteile bringen wird. Die Dreistigkeiten von Schüssel, Bartenstein und FPÖ werden zur Zeit nur noch vom Management der BA-CA übertroffen. Schlagartig wurde den dort beschäftigten KollegInnen der bestehende Kollektivvertrag durch eine rechtliche Maßnahme de facto aufgekündigt. Frech meinte das Management danach gegenüber den Beschäftigten, Betriebsrat und Gewerkschaft, dass man jetzt jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Falls dieses Beispiel bei der größten – und an Gewerkschaftsmitgliedern stärksten – Bank des Landes funktionieren sollte, droht eine weitere Ab-

wärtsspirale in der ganzen Branche und darüber hinaus. Weiter Alarmstimmung herrscht neben der Post auch bei der Bahn: ÖBB-Vorstandssprecher Huber kündigte den Abbau von 12.000 Stellen bis 2010 an. MÖCHTEGERN-DIKTATOREN?

Die Versuche in bestehende Verträge und Strukturen per Diktat einzugreifen häufen sich. Die FPÖ prescht derzeit mit ihren alten Vorschlägen zum Aushungern der Arbeiterkammern vor. Noch schlimmer geht es der ÖH: Ergebnis der geplanten HochschülerInnenschafts-Reform soll die Abschaffung von Direktwahlen auf Bundesebene und damit sichere Mehrheiten für die regierungsnahen Fraktionen AG (ÖVP) und den rechtsextremen RFS (FPÖ) sein. In dieses Bild passt auch das der “Schwarzfunk” ORF dem ÖGB die bezahlte Sendung seiner Informationskampagne zur Pensionsreform einfach verweigerte. Aber auch auf EU-Ebene gibt es beispielsweise Tendenzen Gewerkschaften auszuhebeln: Im Entwurf zu einer neuen europäischen Arbeitszeitrichtlinie, sollen Arbeitszeitverlängerungen bis zu

einem Jahr nun ohne Zustimmung der Gewerkschaft diktiert werden können!

NUR DER WIDERSTAND ZÄHLT!

In der Vergangenheit haben viele Gewerkschaften darauf gesetzt durch freiwillige Zustimmung zu Verschlechterungen, z.B. durch Flexibilisierung/Verlängerung von Arbeitszeiten, Reallohnneinbußen..., “noch Schlimmers” zu verhindern. Ergebnis: Es wurde nur noch schlimmer! Trotzdem hält die Gewerkschaftsspitze weiter an diesem Ansatz fest – mit fatalen Konsequenzen. Der Betriebsrat der Bank-Austria ist in die Verhandlungen mit dem Management mit einem ganzen Katalog von Verschlechterungen eingestiegen. Es ging lediglich um “Dimension und Augenmaß” (BRV Heidi Fuhrmann, Kompetenz 11/04). Ähnlich ist es mit dem “Österreich-Pensions”-Modell des ÖGB, das selbst auf massive Kürzungen hinausläuft (z.B. durch die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums). Auch die Idee laufende, extrem polarisierte Konflikte primär auf die gerichtliche Ebene zu verlagern (Veloce, BA/CA), ver-

zichtet auf die Mobilisierung und damit den notwendigen Selbstschutz der Betroffenen.

FÜR EINE NEUE STREIKKULTUR!

Im Jahr 2003 haben 10,4 Millionen Streikstunden einen absoluten Rekordwert in der Geschichte der 2. Republik bedeutet. Die Streiks waren der Beweis eines – trotz Mitgliederverlusten – ungebrochenen gewerkschaftlichen Widerstandspotential. Dort wo Streikende nicht einfach von oben durch die ÖGB-Spitze ein- und ausgeschaltet werden konnten, sondern man an der Basis über alle wichtigen Maßnahmen diskutierte und abstimmt – wie bei der AUA – waren Streiks am erfolgreichsten. Wir müssen aber auch aus anderen Fehlern die Lehre ziehen: Streiks müssen so breit wie möglich organisiert werden. Die Streikenden/Betroffenen selbst müssen auf der Straße – z.B. durch Demonstrationen, Verteilaktionen, öffentliche Diskussionen – ihre Anliegen sichtbar machen. Es gibt genug Menschen, die auf Signale zum Widerstand warten – Fritz Verzetnitsch und Co., worauf wartet ihr eigentlich?

Der Standpunkt

Manche sind eben gleicher...

von Sonja Grusch



Orwell beschreibt in "Farm der Tiere", wie die Schweine verlangten, dass die anderen Tiere hart arbeiten und Opfer bringen, selbst aber faul sind und sich den Wanst voll schlagen. Orwell bezog sich damals zwar auf die Bürokratie in der Sowjetunion und ihre Privilegien, aber irgendwie erinnern mich PolitikerInnen und Manager heute auch an die orwellischen Schweine. Im Wörterbuch für PolitikerInnen hat "wir" sehr unterschiedliche Bedeutungen: Wenn "wir" Opfer bringen müssen, gehören sie nicht zu "wir". Wenn "wir" Erfolge haben, könnte man meinen, Schlüssel persönlich hätte den Abfahrtslauf gewonnen. Wenn wir den Job wechseln und das mit dem neuen Job doch nicht so funktioniert, kriegen wir aber bestenfalls Arbeitslosengeld (max. 1142,04 Euro/Monat, viele weniger, manche gar nix). Als Ferrero-Waldner länger auf ihren Posten in Brüssel warten musste, erhielt sie als Überbrückung einen "Beratervertrag" über 6000.-/Monat – plus Reise- und Hotelkosten.

Dass manche gleicher sind, zeigt sich auch bei der Bank Austria. Der (teuerste) Vorstand Österreichs erklärte den bisherigen Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarungen einfach für ungültig. Weil "wir" (=das Unternehmen) sparen müssen. Auf die Frage des Betriebsrates, warum denn dann nicht auch beim Vorstand gespart würde (der "wir" ist, wenn es um die Verteilung der Gewinne geht) erwiderte dieser, das ginge nicht, man könne nicht in bestehende Verträge eingreifen. Und dabei sind sie garantiert noch nicht einmal rot geworden.

In einer britischen Doku-Sopap führte Michael Portillo, Parlamentarier der Konservativen Partei, eine Woche lang das Leben einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Teilzeitjobs und niedrigem Einkommen. Im Anschluss meinte er "Ich habe es gehasst, die ganze Zeit über Geld nachdenken zu müssen" und "Am Ende der Woche war ich erschöpft". Nun, Herr Portillo, wir können leider nicht nach einer Woche aussteigen.

Warum sollen PolitikerInnen so viel verdienen? Weil wir sonst keine guten bekommen würden? Also ob die jetzigen gut wären. Weil sie sonst bestechlich wären? Die diversen Skandale beweisen das Gegenteil. Weil sie so viel arbeiten? Das tun wir auch. Die Antwort ist simpler: damit sie die Interessen ihrer "Brüder und Schwestern im Einkommen" (also anderer Spitzenverdiener) gut vertreten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP) Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733 DVR: 0820202

SPÖ – Startklar nach rechts!?

Kann man mit dieser "Sozialdemokratie" noch gegen die extreme Rechte kämpfen?

Von John Evers, ehem. aktives SPÖ-Mitglied von 1986-1996

Am 20. November konnte die antifaschistische Bewegung in Österreich einen großen Erfolg feiern. Der als rechtsextreme Großveranstaltung geplante "Konrad-Lorenz-Kommers" wurde durch öffentlichen Druck und Mobilisierung verhindert. Auf der antifaschistischen Demonstration waren erfreulicherweise besonders viele Mitglieder der Sozialistischen Jugend vertreten – nicht zuletzt, weil die SJ ihre nicht unbeträchtlichen Mitteln zu einer bundesweiten Mobilisierung eingesetzt hatte.

WER STEHT NUN IM WIDERSPRUCH ZUR PARTEILINIE?

Die "antifaschistische" Realität der SPÖ ist leider eine andere: Das Machtkartell zwischen SPÖ-Bürokratie und Rechtsextremismus in Kärnten nimmt, durch die jüngsten Beschlüsse von SPÖ und FPÖ sich gegenseitig Geld zuzuschützen, immer absurde Ausmaße an. Auch wenn die SJ die einzige (!) SPÖ-Teilorganisation war, die dagegen protestierte, zeigt dies doch gleichzeitig, wie isoliert linke Ansätze in der SPÖ inzwischen sind. Noch krasser ist das Beispiel des SPÖ-Bürgermeisters von Feldkirchen, der öffentlich kundtat, dass er mit

einer Veranstaltung der rechtsextremen AFP am 15.10.2004 weit weniger Probleme hat, als mit den – angeblich – gewalttätigen GegendemonstrantInnen. Auch in anderen Teilen Österreichs gibt es Unterstützung für die extreme Rechte: In Linz, Attnang-Puchheim und anderen Städten beschloss die SPÖ – leider nur gegen verschwindende Minderheiten in den eigenen Reihen – die Förderung des rechtsextremen Österreichischen Turnerbundes. Und auch in Wien erhielt das "Haus der Heimat" 2004 über 600.000 Euro Fördermittel!

ANTIFASCHISTISCHES ERBE WIRD BESCHMUTZT!

Dass die SPÖ-Führung aus machtpolitischen Interesse auch bereit ist, das Andenken ihrer HeldInnen im Widerstandskampf mit Füßen zu treten, ist nichts Neues: Auch im ersten Kabinett Kreisky waren einige ehemalige Nazis. Neu ist allerdings in welcher Vehemenz und mit wie wenig innerer Gegenwehr ständig neue Tabubrüche begangen werden. Dies ist auch Ausdruck der tiefen strukturellen und politischen Krise (minus 70.000 Mitglieder seit 2000) einer Partei, die einfach nur an die Futtertröge der MACHT zurück will. Alles ist möglich – nix ist fix. Alle Beschlüsse nicht mit der FPÖ zu-



sammenzuarbeiten, beschränken sich lediglich auf die Aussage, momentan mit "dieser" FPÖ auf Bundesebene (!) keine gemeinsame Regierung zu bilden. Spargelge-

lage mit Haider und fast tägliche Appelle an das soziale Gewissen der FPÖ durch die SPÖ-Bundesspitze fallen allen aktiven AntifaschistInnen in den Rücken. Gemeinsamer

antifaschistischer Widerstand aller (!) SozialistInnen – auch gegen diese SPÖ-Spitze – tut daher Not, um wirklich effizient gegen die extreme Rechte vorgehen zu können.

Gegen EU-Kapital und FPÖ-Hetze

Österreichische und türkische ArbeitnehmerInnen können sich nur gemeinsam wehren

Von Phillip Fleischmann, SLP-Wien Mitte

Der Beitritt der Türkei als Kulturkampf? SP-Gusenbauer, Cap und Co. sind voll auf die Argumentation der FPÖ und von Teilen der ÖVP eingestiegen. Sie versuchen beide erneut in rassistischen Vorurteilen zu übertrumpfen. Grüne Beitritts-Befürworter argumentieren demgegenüber tatsächlich mit der Verbesserung der Menschenrechte durch einen EU-Beitritt, bzw. stellen der Türkei selbst im Bezug auf Folter (fast) einen Persilschein aus! In Wirklichkeit ist die EU ein denkbar schlechter Garant für Menschenrechte. In vielen EU-Staaten – inkl. Deutschland – wurde die kurdische PKK, genauso wie im türkischen Militärstaat nach dem Putsch 1980, als "terroristisch" verfolgt. Auch die in Kurdistan eingesetzten Sonderkommandos wurden von deutschen Militärs ausgebildet. Türkische Militärs mordeten mit europäischen Waffen türkische Linke und kurdische WiderstandskämpferInnen. Tatsächlich nähern sich EU-Staaten und Türkei in ihren Maßnahmen zur angeblichen "Terrorbekämpfung" immer mehr an: In der Folge der Repressionswelle nach den Anschlägen vom 11. Sep-

tember führte Britannien ein Gesetz ein, das der Polizei erlaubt, Personen ohne Tatverdacht auf unbegrenzte Zeit zu inhaftieren. Auf Basis ähnlicher Gesetze kam es alleine im ersten Halbjahr 2004 zu fast 700 Fällen von Folter in türkischen Polizeistuben und Gefängnissen. In der Realität werden nicht Menschenrechte, sondern geostrategische/militärische Fragen mit den Ausschlag geben, ob und wann die Türkei beitreten kann. Fügt sich die Türkei in ein EU-Rüstungs- und Militärkonzept ein, wird dies in jedem Fall – Folter hin oder her – von den großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich als willkommene Verstärkung europäischer Weltmachtambitionen begrüßt werden.

HOFFNUNGEN DER TÜRKISCHEN BEVÖLKERUNG

Der Großteil der Bevölkerung der Türkei setzt Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bei einem EU-Beitritt. Das ist aber kein Anliegen der EU. Im letzten Kommissionsbericht werden von der Türkei vor allem die Privatisierung von staatlichen Banken und Unternehmen sowie Erleichterungen für ausländisches Kapital gefordert. Außerdem sei ein



EU-Kommissar Verheugen kämpft für den EU-Beitritt der Türkei – im Auftrag des EU-Kapitals.

"Umstrukturierungsplan" für den staatlichen Stahlsektor nötig. Für internationale Konzerne ist das Lohnniveau interessant, mit denen ArbeiterInnen in ganz Europa erpresst werden können, niedrigere Löhne zu akzeptieren. Daher fordert der Internationale Währungsfonds das Einfrieren der Mindestlöhne (ca. 190 EUR/Monat). Die Regierung in Ankara ist bereit, alle diese neoliberalen Angriffe durchzuführen. Die Leidtragenden der Politik der EU sind ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Frauen, PensionistInnen, Arbeitslose; in den heutigen EU-Staaten wie in der Türkei. Wir sind gegen die EU der Banken und Konzerne an

sich, weil dieses nur dazu dient, für die europäischen KapitalistInnen möglichst gute Bedingungen zu schaffen. Wenn sich die Menschen in der Türkei mehrheitlich dazu entschließen, der EU beitreten zu wollen, dann sollen sie das Recht dazu haben. Wir müssen aber davor warnen, dass ihre Hoffnungen sich genauso wenig erfüllen werden, wie die Versprechen die vor dem EU-Beitritt in Österreich gemacht wurden.

GEMEINSAME STRATEGIE "VON UNTEN" IST NOTIG

In den Versuchen, Belegschaften und Standorte gegeneinander auszuspielen,

ist sich das europäische Kapital einig. Es ist daher notwendig, der EU einen gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen in und außerhalb der EU entgegenzustellen. Den Gewerkschaften kommt große Verantwortung dabei zu, die national-chauvinistische Propaganda zu überwinden und einen internationalen Kampf gegen Standortlogik und Lohn-Erpressung zu organisieren.

Ein vereinigtes Europa wäre ein wichtiger Schritt für eine Welt ohne Ausbeutung. Frieden, Wohlstand und Sicherheit sind für die Menschen in Europa und Asien aber nicht möglich, solange die Profitlogik des Kapitalismus regiert. Eine echte Vereinigung kann nur auf Basis einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erfolgen. Die SLP tritt daher für eine Föderation der sozialistischen Staaten von Europa als echtes Friedens- und Wohlstandsprojekt ein.

TERMIN

Freitag, 21.01.2005, Wien

DISKUSSION: "Der EU-Beitritt der Türkei aus Sicht von SozialistInnen"

SLP Wien-Nord (siehe S. 6)

Gemeinsam für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften organisiert ein Jahr nach ihrer Gründung, ein bundesweites Treffen in Wien. Ein wichtiger Motor für die Entstehung der Plattform waren die Streiks gegen den Pensionsraub und der Unmut darüber, dass der Kampf gegen den Pensionsraub von der Gewerkschaftsspitze vorzeitig abgeblasen wurde. Für kämpferische GewerkschafterInnen war das Jahr 2003 ein besonderes: es gab die meisten und die größten Streiks in der Geschichte der 2. Republik. Millionen von KollegInnen sahen das Maß als übervoll an. Die Spitze des ÖGB und der einzelnen Gewerkschaften musste dem massivem Druck ihrer Mitgliedschaft nachgeben, und in den Kampf ziehen. Rund 780.000 KollegInnen haben laut Statistik des ÖGB an den Kämpfen gegen den Pensionsraub teilgenommen. Dazu kamen die Streiks des fliegenden Personals bei AUA und den ÖBB, sowie der Widerstand bei LehrerInnen, PostbuslenkerInnen und vieles mehr. Der Kampf gegen die sogenannte Pensionsreform ging zwar verloren, aber bei vielen kämpferischen KollegInnen war ein anderes Gefühl vorherrschend. Das Gefühl: Wir haben bewiesen, dass wir streiken können. Für viele war zuvor die "potentielle Stärke" der ArbeiterInnenklasse nur abstrakt. Es war wichtig, dass diese Stärke auch

einmal gezeigt wurde. 2004 zeigte der Veloce-Streik, dass Streiks auch bei "prekär Beschäftigten" möglich sind.

DOCH WAS HAT DIE ÖGB-SPITZE AUS DIESER STÄRKE GEMACHT?

Eigentlich nichts. In Schüssels Windschatten gehen die Unternehmer in die Offensive: Der Pensionsraub wurde mit der "Harmonisierung" noch verstärkt. Bei den ÖBB sollen bis zu 15.000 KollegInnen abgebaut werden, obwohl schon jetzt die Überstundenstatistik eine Überlastung der KollegInnen bestätigt. Angesichts der weiteren Angriffe und der grundsätzlichen Möglichkeit zur Gegenwehr stellen sich zwei wesentliche Fragen: 1. Wie können Gewerkschaften dazu gebracht werden, dem Bedürfnis nach Widerstand nach zu kommen und 2. Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden? Antworten darauf versuchen wir am 11. 12. 2004 zu finden.

DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN SIND NOTWENDIG

SLP und Plattform waren bei allen wichtigen Streiks aktiv mit dabei, oft wurde uns dabei recht deutlich vor Augen geführt, wie dringend wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften brauchen. Ein Blick zu den ÖBB-KollegInnen macht dies besonders deutlich:

Scheibchenweise wird die ÖBB und das alte Dienstrecht zerlegt und das Personal heute mehr guten Gewissens sagen, dass der vorzeitige Streikabbruch am 2. Tag im November 2003 richtig war. Der EisenbahnerInnen-Streik hätte nur nach einer ausführlichen Debatte in einer PersonalvertreterInnenkonferenz abgebrochen werden dürfen. Aber hätte es die damals gegeben, wäre der Streik nicht abgebrochen worden, und die Situation bei der ÖBB heute eine bessere. Die Plattform steht daher für: Urabstimmungen bei wichtigen Entscheidungen, wie etwa Lohnabschlüsse oder andere Verhandlungsergebnisse, Einbindung der Betroffenen in die Entscheidungsfindung bereits im Vorfeld von Verhandlungen, BetriebsrätInnen- und AktivistInnenkonferenzen müssen offen über strategische Entscheidungen diskutieren und für alle verbindlich beschließen.

EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IST NÖTIG

Dazu gehört eine klare Absage an die Zwangsjacke Sozialpartnerschaft und eine Politik, die von den Interessen der ArbeitnehmerInnen abgeleitet wird. Eine Mehrheit an der Gewerkschaftsspitze meint immer noch, dass unter einer SPÖ-geführten Regierung die

Situation für die österreichischen ArbeitnehmerInnen besser wird. Für manche Spitzenfunktionäre wird das stimmen, für die Mehrheit der BetriebsrätInnen und der Mitglieder ist das eine Illusion. Jedes Vertrösten auf die nächste Wahl (wie es etwa bei der VOEST-Menschenkette in Linz geschehen ist) ist fatal. Eine Änderung der Politik wird in Betrieben und auf der Strasse erkämpft werden müssen. Aufgabe des ÖGB wäre es, die bestehenden Kämpfe (Bank Austria, VA-Tech usw.) zu verbinden. Solange dies nicht geschieht, müssen sich kämpferische KollegInnen untereinander vernetzen. Bei unserem bundesweiten Treffen werden KollegInnen aus unterschiedlichen Bereichen, die in den letzten Jahren gekämpft haben, zusammen kommen, Erfahrungen austauschen und die Möglichkeiten für eine kämpferische Politik ausloten.

Sa., 11. Dez. 2004, 13-21 Uhr
Gewerkschaft der EisenbahnerInnen,
5. Stock, Margaretenstr. 166, 1050 Wien,
erreichbar mit U4 Margareten Gürtel,
sowie Straßenbahnlinien 6 und 18
(direkt von West- bzw. Südbahnhof)

Workshops zu folgenden Themen ab 13³⁰ Uhr

Widerstand gegen die Angriffe bei den ÖBB
Widerstand in Deutschland, mit einem Kollegen aus Stuttgart
Wie kommen wir zu kämpferischen & demokratischen Gewerkschaften?



II. Bundesweites Treffen der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

11. Dezember 13 Uhr - Wien

Tel. 01 524 63 10
wastun@gewerkschaftsplatform.org
www.labournetaustria.at

Podiumsdiskussion ab 18 Uhr

Wie können Arbeitskämpfe gewonnen werden?

mit Selma Schacht, BR im Verein "Wiener Kinder- und Jugendbetreuung", aktiv in der Plattform "Soziales in Wien", Robert Hengster, Sekretär d. HTV, Mitorganisator der AUA-Streiks,

Peter Pfeiffer, stv. BRV bei Veloce Fahrradboten, und Michael Gehmacher, Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die VA-Tech wird an Siemens verkauft - und nichts passiert?

Wo bleiben ÖGB und GMT?

Von Günter Mörtenböck und Michael Gehmacher

Ein großer Schock ging Anfang November durch die Belegschaft der VA-Tech. Der österreichische Industrielle Mirko Kovats verkaufte seine Anteile an der VA-Tech an Siemens Österreich (Mehrheits-eigentümer Siemens Deutschland). Der "Coup" kam für viele überraschend. Noch im September machte Siemens der ÖIAG ein Übernahmeangebot. Damals berief der Betriebsrat dagegen eine Betriebsversammlung ein. Die



Bei der VA-Stahl ging der ÖGB - wenn auch mit untauglichen Mitteln - auf die Straße. Bei der VA-Tech blieb es bislang bei Worten.

„VA-TECH Betriebsrat Beneder sagte am 23.11.noch, dass die Übernahme noch lange nicht fix sei, und dass sich die Belegschaft dagegen zur Wehr setzen wird. Jetzt wäre noch Zeit Aktionen zu setzen die Übernahme abzuwehren“

Gerhard, Ex-VA-Tech-Angestellter, Linz

Bundesregierung sprach sich aus populistischen Gründen gegen den Verkauf an Siemens aus und gab der ÖIAG den Auftrag, nicht an Siemens zu verkaufen. Mit dem Kauf der Kovats-Anteile setzte Siemens die ÖIAG unter Druck

SIEMENS IST NICHT ZU TRAUEN...

Siemens gibt sich gerne ein soziales Image. Der General-

direktor von Siemens Österreich bemüht sich um gute Kontakte zur SPÖ, und ist gern gesehener Gast bei Gewerkschaftskongressen. Zu dieser permanenten Werbestrategie passt der "offene Brief" der in allen Tageszeitungen inseriert und in dem eine "Standort-Garantie" abgegeben wurde. Das soziale Image ist nur Fassade: Siemens verdient Unmengen an Kriegswirtschaft und Atom-

energie. Siemens löste in Deutschland den Kampf für Arbeitszeitverlängerung aus und baute in den letzten Jahren tausende Arbeitsplätze ab, um in der sog. "3.Welt" Fabriken mit extremer Billigarbeit hochzuziehen.

BEI EINER ÜBERNAHME DER VA-TECH KOMMT ES ZU MASSIVEM JOBABBAU

Siemens und VA-Tech treten

am kapitalistischen Markt als Konkurrenten auf. Es wäre naiv zu glauben, dass Siemens bei einer Totalübernahme die Konkurrenten nicht ausschalten würde (v.a. Elin in Weiz).

Die jetzige Situation ist das letzte Kapitel einer Privatisierungswelle, die von der SPÖ begonnen wurde. 1988 kam es zur Spaltung der Voest-Alpine in VA-Stahl und VA-Tech. 1994 erfolgte der Börsengang, als 2000 FPÖ und ÖVP an die Macht kamen, waren bereits 51% der VA-Tech verkauft.

NOCH IST WIDERSTAND MÖGLICH!

Der VA-Techbetriebsrat Kollege Beneder will vorerst mit Siemens verhandeln, obwohl (laut eigener Aussage) ein Teil der Belegschaft zu einem Streik bereit wäre. Aber wozu abwarten? Jetzt geht es darum, durch einen Arbeitskämpf Druck auf die Regierung auszuüben und so den Verkauf der OIAG-Anteile zu verhindern. Der Kampf gegen den Restverkauf der VA-Tech muss zum Kampf zur Wiederverstaatlichung und einer echten Vergesellschaftung mit demokratischer Mitbestimmung der Belegschaft ausgeweitet werden.

Nein zur Post- "Filialnetzoptimierung"

Nachdem 2003 die Anzahl der MitarbeiterInnen von 30.000 auf 25.000 gesenkt wurde, wird dies nun mit der Schließung von Filialen fortgesetzt: Österreichweit sollen rund 20-25% der Postämter geschlossen werden - in Oberösterreich sind alleine 80 von 300 Ämtern betroffen. Geschlossen werden defizitäre Filialen, die vorwiegend am Land sind. Diese Schließungswelle wird als "Filialnetzoptimierung" verkauft und für die davon betroffenen MitarbeiterInnen spricht man von sozialverträglichen Lösungen, was real bedeutet, dass ihnen zwei Optionen angeboten werden:

1. Für ein Jahr können sie in einer umliegenden Filiale untergebracht werden, danach droht ihnen, als "Springer" in ganz Österreich eingesetzt zu werden.
2. Die zweite Möglichkeit wäre die Kündigung...

Seitens der Gewerkschaft gibt es bisher keine Anzeichen von Streiks dagegen. Die FSG meint lediglich: "Zum Thema Postamtsschließung sind wir immer noch der Meinung, dass man die Universaldienstverordnung zum Schutz der ländlichen Infrastruktur anpassen müsste. Diese Möglichkeiten haben allerdings nur die poli-

tisch Verantwortlichen dieses Landes, in erster Linie Vizekanzler Hubert Gorbach." Die Regierung spricht sich zwar gegen die Schließung aus, droht der Post aber mit Entziehung des Briefmonopols. Dies wäre ein weiterer Schritt für die schwarz-blaue Privatisierungswelle und würde für die Post-MitarbeiterInnen lediglich noch größeren Druck seitens des Managements und weiteren Personalabbau bedeuten.



Die Post-Gewerkschaft wartet mit Widerstand wohl bis die letzte Kollegin durch einen Automat ersetzt wurde.



Mit Schlips, Kragen und Stiefel

Was ist Faschismus – und wie wir ihn bekämpfen

Vor dem Hintergrund der wieder wachsenden rechten Gefahr (NPD, BfJ) fand im November ein SLP-Seminar zum Thema Faschismus statt. Albert Kropf, Margarita Döller und Franz Breier jun. fassen die Analysen und Schlussfolgerungen zusammen.

Faschismus ist heute ein Begriff, der teilweise sehr inflationär verwendet wird. So scheuen radikale Tierschützer nicht davor zurück, Massentierhaltung und das Schlachten von Tieren aus reinen Profitgründen (z.B. für Luxuspelze) mit dem Holocaust gleichzusetzen.

ÖSTERREICH IM JAHR 2000: HAIDER GLEICH HITLER?

Auch durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ vor 4 Jahren wurden ähnliche Fragen diskutiert: Der SLP wurde zum Beispiel Verharmlosung vorgeworfen, als sie meinte, dass die FPÖ zwar rechtsextrem und gefährlich sei, aber "Haider" eine andere Form und Qualität der Bedrohung als "Hitler" darstellt. Die Entwicklung der FPÖ und die Massenproteste gegen die Regierung haben inzwischen bewiesen, dass es sich im Jahr 2000 nicht einfach um einen faschistischen Coup handelte. Ein solcher liefe nämlich (historisch gesehen) immer auf die nachhaltige und physische Zerstörung von Protestbewegungen und Gewerkschaften hinaus. Auch in der Geschichte gab es Fragen der Einschätzungen von Parteien und Regierungen: Als falsch hat sich immer wieder erwiesen, einfach Alles, das sich undemokratisch und/oder rassistisch gebärdet, als "faschistisch" zu bezeichnen. Konkret haben oberflächliche Analysen linke Bewegungen in den 70er Jahren in den Untergrund, Individualterrorismus und die totale Isolation geführt.

WICHTIGKEIT DER ANALYSE

Wie wir schon an den Beispielen gesehen haben, hat eine politische Analyse auch immer sehr konkrete Schlussfolgerungen und Auswirkungen. Dabei verhält es sich ähnlich wie bei einer Krankheit. Je besser man sie beschreiben kann bzw. kennt, desto leichter und effektiver kann sie bekämpft werden. Wird hingegen falsch diagnostiziert und behandelt, kann sich die Krankheit noch weiter ausbreiten. Es können auch noch weitere Komplikationen durch die falsche Behandlung hinzukommen.

UNTERSCHIEDLICHE ERKLÄRUNGSANSÄTZE

Genauso alt wie der Faschismus selbst sind auch die Auseinandersetzungen um seine Definition. In der Zeit unmittelbar nach dem Krieg gab es kaum Zweifel an der engen Verbindung

zwischen Kapitalismus und dem Entstehen von Faschismus. Das betraf nicht nur die wissenschaftliche Forschung und die Einschätzungen der ArbeiterInnenparteien, die sich schon in den 20er und 30er Jahren auf diesen Punkt konzentrierten. Aufgrund der gerade erst zurückliegenden Erfahrungen, lehnte sogar die CDU (Schwesterpartei der ÖVP in Deutschland) in ihrem Wirtschaftsprogramm von 1947 den Kapitalismus als unzulänglich ab: "Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein." Während die Zeitgeschichte heute immer genauere Details über die Verbrechen des NS-Regimes, die Verquickung von Banken und Konzernen in Zwangsarbeit und KZ-System, etc. hervorbringt, herrscht bei den Erklärungsansätzen inzwischen der – konservative oder neoliberale – Zeitgeist der heutigen Eliten vor.

FASCHISMUS ALS PHÄNOMEN DER ZEIT?

Einer der ersten, der versucht hat den, "Konsens" einer antikapitalistisch beeinflussten Faschismusanalyse nachhaltig zu durchbrechen, war ein gewisser Ernst Nolte. Er sieht den Faschismus als ein "Phänomen" dieser Zeit, das sich deshalb in dieser Form nicht wiederholen kann – wozu also eine weitere Beschäftigung damit? Nolte behauptet, der Faschismus sei eine unmittelbare Reaktion auf die "rote Gefahr" gewesen – und wiederholt damit die Propagandalüge aller faschistischen Bewegungen, nämlich das "Vaterland" oder Europa vor der direkten Bedrohung des "Bolschewismus" gerettet zu haben. Unterschwellig wird damit die Schuld am faschistischen Massenmord auf die (revolutionäre) ArbeiterInnenbewegung abgewälzt. Tatsächlich war Faschismus nirgends die unmittelbare Reaktion auf eine sozialistische Revolution, sondern konnte sich nur dort durchsetzen, wo die ArbeiterInnenbewegung zuvor eine Kette von schweren Niederlagen erlitten hatte. Historisch gesehen war die ArbeiterInnenbewegung vielmehr die einzige soziale und politische Kraft, welche die faschistische Gefahr hätte aufhalten können. Gerade das österreichische Beispiel einer lange Zeit kampfbereiten ArbeiterInnenbewegung, die von ihrer sozialdemokratischen Führung von Niederlage zu Niederlage geführt wurde, zeigt diese Entwicklungslinie deutlich. Auch erst nachdem der Austrofaschismus die ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften 1934 zerstört hatte, konnten die Nazis in Österreich echten und schließlich sogar überdurchschnittlichen Masseneinfluss gewinnen. Die ArbeiterInnenbewegung als "Schutzwahl" gegen die rechte Gefahr ist aus unserer

Sicht allerdings nicht nur eine historische Frage. Sie bleibt auch heute ungebrochen aktuell.

FÜHRERKULT UND MASSENWAHN

Fast banal sind Erklärungsversuche, die das Phänomen Faschismus auf Führerkult und Massenwahn reduzieren. Verkürzt hieße das in etwa Folgendes: der charismatische "Führer" der fa-



schistischen Bewegung schafft es durch Redekunst und sein gewinnbringendes Auftreten, die Bevölkerung in seinen Bann zu ziehen. Einer der wesentlichsten Vertreter dieser Richtung ist der Historiker Joachim Fest, dessen Hitler-Biographie lange Zeit als Standardwerk in der Geschichtswissenschaft galt. Letztlich ist es ein Versuch, die Massenbasis für die Verbrechen des Faschismus – losgelöst von sozialen und politischen Triebkräften – zu erklären und auch zu entschuldigen. Was noch bei Mussolini oder Hitler im Ansatz auf den ersten Blick zu funktionieren scheint, zeigt sich aber z.B. haltlos bei der Betrachtung des Austrofaschismus. Weder Dollfuss noch Schuschnigg waren charismatische Persönlichkeiten, die breite Massen der Bevölkerung "verzaubert" hätten. Und das obwohl die ÖVP bis heute bemüht ist, aus ihnen beiden "patriotische Märtyrer" zu machen. Gerade zu skurril wirkt die Behauptung von den "charismatischen Führern" auch bei Anblick der jämmerlichen Figuren, die ehemalige faschistische Spitzenfunktionäre darstellten, wenn sie entmachtet vor Gericht auftreten mussten.

TOTALITARISMUS-THEORIE

Ursprünglich in den 30er Jahren entwickelt, fand dieser Ansatz seine größte Ausdehnung erst nach dem 2. Weltkrieg. Im Grunde besagt diese Theorie, dass Faschismus und Stalinismus nur zwei unterschiedliche Seiten ein und derselben Medaille wären – wobei in den Stalinismus meist die gesamte Geschichte des Marxismus

und Bolschewismus gleich mitinkludiert wird. Als Beleg dafür werden Parallelen der Machtausübung – vor allem des Terrors – in Deutschland und in der Sowjetunion der 30er und 40er Jahre angeführt. Die Liste der Totalitarismusexperten reicht dabei von liberal, sozialdemokratisch bis rechtskonservativ. Historisch fand diese Theorie großen Zulauf von Intellektuellen die vorher unkritisch dem Stalinismus zugejubelt hatten. Nach 1989 wiederholte sich dieses Phänomen in abgeschwächter Form erneut: Die Universitäten und Redaktionen bürgerlicher Medien weisen heute einen hohen Anteil von in diesem Sinne geläuterten "Kommunisten" auf. Die wesentliche Schwäche der Totalitarismustheorie ist ihre Oberflächlichkeit: Beachtung finden – losgelöst vom historischen Prozess – nur Fragen wie das Fehlen einer parlamentarischen Demokratie und die Brutalität der unmittelbaren politischen Machtausübung. Wenig bis keine Beachtung findet aber das dem jeweils "totalitären" System zu Grunde liegende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, ebenso wie Fragen z.B. struktureller sozialer Gewalt durch Eigentumsverhältnisse, die Hunger und Ausbeutung bedeuten. Die Konsequenz des Totalitarismus-Ansatzes ist letztlich einfach: Wer die liberale Marktwirtschaft und ihre politischen Institutionen in Frage stellt, ist totalitär.

DER MARXISTISCHE ANSATZ

Die Faschismusanalyse des russischen Revolutionärs Leo Trotzki setzt bei der Frage "Wie hätte der Faschismus verhindert werden können" bei den Entwicklungen unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg an. Die Revolution in Russland und ihre internationalen Auswirkungen bedeuteten einen gewaltigen Schub nach links in Europa: Sturz von Monarchien, Sozialreformen, Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung standen auf der Tagesordnung. Das Konzept der europäischen Sozialdemokratie, auf einen demokratischen Konsens mit dem Kapital und anderen gesellschaftlichen Eliten zu hoffen, erweist sich als trügerisch. Schon früh werden Pläne diskutiert, wie der "revolutionäre Schutt" wieder beseitigt werden könnte. Zur selben Zeit beginnen rechte Vereinigungen – oft ehemaliger Offiziere und anderer Elemente, die sich durch die "neue Zeit" deklassiert und durch die "Roten" bedroht fühlen – Ideen zur "Neuordnung" der Gesellschaft zu formulieren.

KRISE

Ende der 20er Jahre bricht die Vorstellung des friedlichen Hinüberwachsens in eine neue Gesellschaft zusammen. Der Kapitalismus versagt nach einer kurzen Boomphase, Massenarbeits-

losigkeit und soziales Elend erreichte eine bis dato unbekannt Dimension. Auch die Herrschenden suchten aufgrund der schlechten Verwertungsbedingungen des Kapitals (in ihrer Sicht zu hohe Löhne, Rohstoffe und mangelnde Absatzmärkte) zunehmend eine radikale Lösung. Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung werden zu Feinden der Nation hochstilisiert und gerieten zunehmend in die Defensive, nicht zuletzt, weil sie der Krise keine eigenen Konzepte entgegenstellen können.

MASSENBASIS

Erst an diesem Punkt setzt die eigentliche historische Rolle des Faschismus ein. Unter den Bedingungen von Krise und Defensive der ArbeiterInnenbewegung war es bereits dem italienischen Faschismus gelungen, Anfang der 20er Jahre die Macht auf Basis einer Massenbewegung zu übernehmen. Noch diesem Modell entwickeln sich nun auch Bewegungen in anderen Staaten. Die NSDAP in Deutschland gewinnt ab 1929 binnen drei Jahren Millionen – von vom sozialen Abstieg bedrohte – KleinbürgerInnen, aber auch Langzeitarbeitslose und Teile der deutschen Eliten, die sich nach einstiger Größe sehnen. Erst durch diese neue Breite – die Nazis sind schlagartig 1932 zur stärksten Partei geworden – wird diese Bewegung für die Herrschenden interessant. Sie schafft es nicht nur durch Antisemitismus und Rassismus, Millionen in ihre Reihen zu integrieren. Der in der SA zusammengefasste "menschliche Staub" der Gesellschaft (Trotzki), war vor allem eine Schlägertruppe, die ihren angeblichen "Antikapitalismus" an Juden und anderen "Minderwertigen" ausließ und gleichzeitig half, ArbeiterInnenversammlungen zu sprengen und durch Gewalttaten gegen diese Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Nazis wurden dadurch für die Bourgeoisie zu einer echten Option um das – aus ihrer Sicht – Hauptproblem der damaligen Zeit zu lösen: Die organisierte ArbeiterInnenbewegung, deren bloße Existenz sie nicht mehr akzeptieren wollte. Die ArbeiterInnenklasse selbst widersetzte sich – solange ihre Organisationen legal waren – aus diesem Grund auch am längsten und heftigsten dem faschistischen Einfluss: Bei den letzten freien Betriebsratswahlen in Deutschland erreichten die Nazis gerade 3%!

WIE HÄTTE DER FASCHISMUS VERHINDERT WERDEN KÖNNEN

Was dem Antifaschismus historisch fehlte, war eine klare Strategie und Taktik gegenüber der faschistischen Gefahr und die Bereitschaft der Spitzen der ArbeiterInnenorganisationen eine Alternative zu seinen Wurzeln – dem kapitalistischen System – durchzusetzen. In Deutschland marschierten die Massenparteien KPD und SPD getrennt, im spanischen Bürgerkrieg verspielte die republikanische Regierung durch die Rücknahme von Sozialisierungsmaßnahmen die fast unumschränkte Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung. Auch in Österreich und Italien verabsäumte man viel zu lange, der mobilen Taktik der Faschisten mit tatsächlicher Konfrontation gegenüber zu treten und gleichzeitig die Machtfrage aufzuwerfen.

Leo Trotzki schlug demgegenüber die gemeinsame Mobilisierung von Anhängern aller ArbeiterInnenmassenparteien vor. Er forderte eine vom Staat unabhängige Organisation in demokratischen Strukturen zur gemeinsamen Verteidigung. Politisch sei eine Offensive der ArbeiterInnenbewegung gegen den Faschismus notwendig, anstatt auf den demokratischen Grundkonsens mit den etablierten politischen Kräften zu hoffen bzw. zu warten. Vor allem von den Kräften in der Bewegung, die sich als marxistisch verstehen, forderte Trotzki gleichzeitig ein, für eine sozialistische Alternative einzutreten, um dem Kampf gegen Rechts eine konkrete Perspektive vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise zu geben. Wie aktuell diese Fragen sind zeigen jüngste Beispiele: Nach den Wahlerfolgen der Rechten in Ostdeutschland, haben alle anderen Parteien (von CDU bis PDS) aus Protest die Diskussionsrunde im Fernsehen verlassen, als die Kandidaten der NPD und DVU zu Wort kamen. Die "linke" PDS hat nicht versucht diesen Kräften das Wort zu verbieten, sondern schweigend – wie alle anderen Parteien – das Feld geräumt. Unsere deutsche Schwesterpartei (SAV) ging bei den Mobilisierungen gegen Hartz IV den anderen Weg, indem sie – gemeinsam mit Anderen – Nazis mit einem Fußtritt aus den Demonstrationen warf.

Aufstieg und Fall des Duce

Italien 1919 bis 1943 – Das erste faschistische Projekt

Die soziale Lage in Italien nach dem 1. Weltkrieg war geprägt durch wirtschaftliche Krisen, einer enormen Arbeitslosenrate und durch die partielle Zerstörung des Landes. ArbeiterInnen und Arbeitslose gingen auf die Straße, um Verbesserungen zu erkämpfen. 1917 gab es bereits 443 Streiks und die damalige Regierung musste Kompromisse eingehen, um die ArbeiterInnen ruhig zu halten. Viele Menschen wollten nach 1917 dem Beispiel der russischen Revolution folgen und für Sozialismus in Italien kämpfen. 1920 kam es dann zu Fabriksbesetzungen – die Revolution wurde allerdings durch die ArbeiterInnenparteien regelrecht abgebrochen.

FASCHISTEN GEHEN DEN WEG ÜBER DAS PARLAMENT

Im März 1919 gründeten sich die "Fasci", deren Anführer Mussolini wurde. Am Beginn bedienten sie sich tatsächlich linker Rhetorik und griffen Themen wie Demokratie, Entwaffnung und Landreform auf. Die Praxis zeigte jedoch schnell, was wirklich ihre Ziele waren, nämlich gegen Streiks und Demonstrationen der ArbeiterInnenbewegung wenn nötig auch physisch vorzugehen. Anfänglich waren die Fasci eine Bewegung von Künstlern, Intellektuellen, Kriegsbefürwortern und Veteranen. 1922 bildete sich dann die PNF, die faschistische und nationalistische Partei Italiens, und damit eine Partei mit einem eindeutigen Charakter, der sich 1923 wesentliche Elemente des traditionellen nationalistischen Lagers in Italiens anschlossen. Zwischen 1919 und 1922 wechselten sich instabile Regierungen von liberalen, monarchischen und christlichen Strömungen ab, doch die eigentliche Politik wurde von den Kämpfen auf der Straße bestimmt. Am 31. Juli 1922 kam es zum "gesetzmäßigen Streik" – Hintergrund sind die Wirtschaftskrise und die zunehmenden Versuche, die ArbeiterInnenbewegung aus dem politischen Leben auszuschalten. Den Streikankündigungen folgte ein Ultimatum der PNF an die Regierung: würde der Staat den roten Unruhestiftern kein Ende breiten, dann würden sich die



Squadre (faschistische Schlägertrupps) darum kümmern. Die Regierung und der König überließen die Streikenden den Faschisten.

DER MARSCH AUF ROM

Am 27. Oktober 1922 marschierten die "Schwarzhemden" (Faschisten) zwar nicht, sie fuhren aber größtenteils mit dem Zug in Richtung Rom, um Regierungsbeteiligung der PNF erzwingen. Durch die Unterstützung des Königs kam es dann zu Neuwahlen und am 30. Oktober bildete sich das erste Kabinett Mussolini. Es war dies eine Koalition zwischen Faschisten und bürgerlichen Parteien bzw. Kräften – die übrigens auch in anderen Staaten später typische Form der "Machtergreifung". Die ersten Aktionen der Regierung waren nicht überraschend: Die Squadre erhielten ihren Platz in der Sicherheitspolizei und ein neues Wahlgesetz wurde verabschiedet.

Dieses neue Gesetz brachte ihnen 1924 zwar eine Mehrheit im Parlament; noch blieb der Terror aber nicht widerstandslos. Nach der Ermordung des Sozialistenführers Matteotti wurde die antifaschistische ArbeiterInnenbewegung noch einmal in großem Maßstab aktiv. Es kam zur Bildung eines Bündnisses zwischen KommunistInnen, SozialistInnen und Gewerkschaftsbund.

Leider gingen das Programm und die Forderungen nicht über den Kapitalismus hinaus und man gab Lösungen aus, wie "weder Revolution noch Faschismus". Diese Bewegung führte nur zu einer kosmetischen Veränderung in der Regierung und zu einigen Austritten aus der PNF. Dank der Rückendeckung durch Papst, König und Unternehmer konnte Mussolini seine Macht im Land wiederherstellen. 1926/27 endete die parlamentarisch verschleierte Etappe des Faschismus in Italien. Mandate von linken Parteien wurden annulliert, KommunistInnen und SozialistInnen verfolgt und alle Organisationen und Parteien außer der PNF wurden verboten. Im Vergleich zu Deutschland hat der Faschismus in Italien einen langen Weg an die Macht gehen müssen und er war lange nicht so stabil wie das Regime von Hitler. Mussolini konnte nicht im selben Ausmaß auf die Massen zählen und musste sich so längere Zeit auf Bündnispartner im Rahmen des parlamentarischen Systems stützen.

STURZ DES FASCHISMUS 1943 NICHT VON AUSSEN

Die relative Schwäche des italienischen Faschismus verhinderte die totale Liquidierung der ArbeiterInnenorganisationen im Untergrund. 1943 war es daher möglich, dass eine Bewegung der proletarischen Einheit entstand, der KommunistInnen, sozialistische Gruppen und liberale Strömungen angehörten. Der Faschismus war in einer Krise und die Unternehmer, der König und die Kirche verließen das sinkende Boot: Mussolini wurde von den faschistischen Staatsorganen selbst abgesetzt. Gewisse faschistische Kontinuitäten – welche die extrem starke kommunistische Partei Italiens durch eine bewusst verhinderte Revolution nach 1945 nicht durchbrochen hat – wirken bis heute im politischen System weiter. Der derzeitige Vizepremier und Außenminister Italiens – Fini – ist Führer einer Partei, die in direkter Nachfolge der Neofaschistischen Bewegung nach Kriegsende steht.

Wie gegen Rechtsextremismus & Faschismus kämpfen?

Die SLP weist - im Gegensatz zu den etablierten Parteien - strikt zurück, mit rechtsextremen Kräften zusammenzuarbeiten. Wir sind der Überzeugung, dass für diese gewalttätigen Feinde der ArbeiterInnen-Bewegung, ausländischer KollegInnen und jeglicher Demokratie keine demokratischen Freiheiten gelten. Das ist unsere Lehre aus der Geschichte. Worten müssen Taten folgen, um die rechtsextreme und faschistische Bedrohung tatsächlich zu stoppen. Diese Zurückdrängung ist jedoch keine bloße militärische Frage oder gar eine Art Bandenkrieg.

Der Grund dafür, dass Rechtsextreme und Nazis (wie z.B. NPD in Deutschland oder BFJ in Österreich) sich als sozial und antikapitalistisch darstellen (können), liegt im Versagen großer Teile der etablierten bzw. ehemaligen Linken. Die sozialdemokratischen und Grünen Parteien betreiben an der Macht selbst Sozialabbau. Eine echte linke Massenalternative für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche gibt es derzeit in den meisten Ländern (noch) nicht. Doch dass aufgrund von Armut und Arbeitslosigkeit sowie dem Fehlen einer starken linken Alternative faschistische Kräfte wieder Auftrieb haben, ist weder eine automatische noch endgültige Entwicklung. Der Kampf darum wird geführt.

Öffentliche Auseinandersetzungen, das Bekanntmachen solcher Gruppen und ihrer Inhalte, Verhinderung und Störung ihrer Treffen und Aktionen; das sind Aufgaben für konsequenten Antifaschismus. Solche Mobilisierungen erfüllen mehrere Aufgaben bzw. kombinieren sie:

- ▷ Selbstvertrauen schaffen - es zeigt den Beteiligten und von rechter Gewalt Betroffenen, dass man gemeinsam etwas tun und erreichen kann. Das Kräfteverhältnis ist keineswegs bloß zugunsten der Rechten - wir können es aktiv ändern.
- ▷ Nazis zurückdrängen - es kommt dadurch zu



praktischen Einschränkungen der Aktivitäten der Rechtsextremen oder in Einzelfällen zur vollständigen Verhinderung lange geplanter Treffen ...

- ▷ Da ausreichend bewiesen ist, dass auf Polizei, Behörden und etablierte Parteien kein Verlaß ist, wird durch solche Mobilisierungen Druck ausgeübt, der sehr wohl zu Schritten seitens der Behörden führen kann, die den Nazis zumindest für eine gewisse Zeit Unannehmlichkeiten bringen (Verbote).
- ▷ Aufwerfen weitergehender Fragen - Mobilisierungen sind ausgezeichnete Möglichkeiten zur Diskussion von weitergehenden Aktivitäten, Methoden und Inhalten.
- ▷ Informationen verbreiten - durch große Kundgebungen erreicht man viele Menschen, die diese Infos nicht oder kaum aus den bürgerlichen Massenmedien erhalten.

▷ Alternative zu isolierter Gewalt - durch machtvolle Demos und Kundgebungen wird die notwendige und vollauf gerechtfertigte Selbstverteidigung gegen den Rechtsextremismus in die richtigen Bahnen gelenkt und damit weg von vereinzelt und letztlich kraftlosen Aktionen.

Unsere antifaschistische Arbeit ist Teil des Aufbaus einer sozialistischen Alternative. Diese umfasst ein Programm zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit (siehe u.a. Broschüre "Wer soll das bezahlen?"), Forderungen zur Asyl-Frage etc.. Da all diese Probleme ihre Ursachen in der ungerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des Kapitalismus haben, ist dieses Programm folgerichtig nicht nur anti-faschistisch, sondern auch anti-kapitalistisch.

Selbst aktiv werden: Tel.: 01/524 63 10

Die NGO-“Bedrohung”

Die Rolle von “Nichtregierungsorganisationen”

Von Khalid Bhatti,
SMP/CWI Lahore/Pakistan

Das NGO-Phänomen (NGO = Non-Governmental Organisation) ist auf dem indischen Subkontinent nicht neu. Es trat erstmals während der Kolonialzeit auf, als religiöse, sprachliche und ethnische Gruppen sich in ihrer kulturellen, sozialen und religiösen Identität bedroht fühlten. Diese Organisationen werden als NGOs vom alten Typ bezeichnet. Der neue NGO-Typ entstand in den 1980er und 1990er Jahren durch das Versagen des postkolonialen Staates, die Probleme der Bevölkerung zu lösen. Es gab ein Machtvakuum, das von linken Parteien nicht gefüllt wurde. Somit versuchten die ‘neuen’ NGOs dieses Vakuum zu besetzen, aber auch sie haben dabei versagt.

DAS JAHRZEHT DER NGOS

Die 1990er Jahre, das Jahrzehnt der NGOs, brachten ein explosionsartiges Wachstum von Nichtregierungsorganisationen. Zufolge einer Studie existieren derzeit mehr als 30.000 NGOs in Pakistan. Alle sozioökonomischen Indikatoren zeigen die elenden sozialen Bedingungen der Massen auf. In den letzten zehn Jahren ist die Armut von 34% auf 51% gestiegen. Gesundheit und Bildung sind mittlerweile Luxus, immer mehr Menschen leben ohne Zugang zu Trinkwasser und sanitären Versorgungseinrichtungen. Die NGOs befassen sich hauptsächlich mit Fragen von Demokratie, Menschenrechten, Frauenrechten, Kinderarbeit, Arbeiterrechten und Bildung oder nachhaltiger Entwicklung. Ohne Zweifel sind diese Fragen von enormer Bedeutung und sollten gelöst werden. Aber NGOs versuchen

diese Fragen auf kapitalistischer Basis mittels Wohltätigkeitsprogrammen zu lösen, was so nicht möglich ist. NGOs beschränken ihren Anspruch ausschließlich auf die Schaffung eines “sozialen Bewusstseins”, weil es nämlich weder im Interesse der Spender noch



NGOs bieten nur Tropfen auf heiße Steine. Die Welt bräuchte wirkliche Veränderung - die sozialistische Revolution.

der NGOs selbst liegt, mit autoritären, diktatorischen oder nicht gewählten undemokratischen Regierungen in Konflikt zu geraten. Menschen aus der ArbeiterInnenklasse wird man übrigens kaum an der Spitze irgendeiner der großen NGOs finden.

STRUKTUREN VON NGOS

Es gibt keine innere Demokratie in diesen “zivilgesellschaftlichen Organisationen”. Die Geschäftsführer handeln wie Firmenbesitzer. Sie haben die Entscheidungsgewalt und agieren oft nach dem Prinzip “hire and fire” (Heuern & Feuern). Darunter gibt es 15 führende NGO-Direktoren - die “Könige” der NGOs, die nicht nur in der eigenen NGO Geschäftsführer sind, sondern auch in anderen NGOs in führenden Positionen sitzen. Diese Organisationen wurden zu einer Art NGO-Mafia, einer privilegierten Klasse von NGOs. Sie sprechen zwar tagtäglich über Demokratie, das gilt selbstverständlich nicht für

ihre eigenen Organisationen. Mittlerweile hat eine Unternehmenskultur in den NGOs Einzug gehalten. Nicht Verantwortung und Engagement zählen, sondern der unternehmerische Ansatz. Das bedeutet, geht die Finanzierung zurück, werden Projekte ge-

stoppt. Der Unterschied in Einkommen und Sonderzulagen zwischen Topmanagement und gewöhnlicher/m Arbeitnehmer/in ist sehr groß, in manchen Fällen liegt das Verhältnis bei 1 zu 30. Auch Gelegenheitsjobs werden von diesen Organisationen angeboten, jedoch gelten weder grundlegende Arbeitsgesetze noch existiert das Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Die NGOs verzichten absichtlich auf ehrenamtliche Tätigkeiten, finanzielle Abhängigkeiten werden ganz bewusst erzeugt.

STARKE AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLITIK

Eine ganze Generation von Linken und GewerkschaftsaktivistInnen hat zu NGOs gewechselt, sie arbeiten nun für die Interessen dieser Organisationen und ihrer multinationalen Spender. NGOs unterhalten enge Beziehungen zum Staat, ihr verstärktes Wachstum reflektiert den Rückzug des Staats und die

Privatisierung des Sozialsektors. Diese Organisationen befürworten die Grundidee, dass Menschen sich selbst helfen sollten um Schulen, Spitäler, Strassen und andere Projekte zu bauen, statt auf die Unterstützung des Staats zu hoffen. Das bedeutet letztlich, dass der Staat aus der Verantwortung genommen wird, die Grundbedürfnisse der Menschen abzudecken. Das ist die Ideologie der NGOs, von denen viele auch mit IWF und Weltbank zusammenarbeiten.

BANGLADESCH EIN STAAT “BETRIEBEN VON NGOS”

Obwohl 11.347 Nichtregierungsorganisationen in diesem Land arbeiten, sind die Probleme nach wie vor ungelöst. Von IWF und Weltbank kommt Lob für die positive Rolle der NGOs. Es ist nicht schwer, sich diese “positive Rolle” vorzustellen. Diese Organisationen sind nicht nur korrupt, sondern arbeiten auch ineffizient und in die eigenen Taschen. Das Wachstum der NGOs in Pakistan und Bangladesch beruht auf der Schwäche und mangelnden Alternative linker Parteien. Sobald jedoch die ArbeiterInnen als Klasse in Bewegung kommen und in politische Kämpfe eingreifen werden, wird das Phänomen der NGOs zurückgedrängt werden und verschwinden.

Gekürzte Übersetzung von Wolfgang Fischer

TERMIN

Donnerstag, 20.01.2005, Wien

DISKUSSION:
“Die Rolle von NGOs”

SLP Wien-Mitte (s. nebenan)

Wir versprechen kein Seelenheil...

Beim Aufschlagen der Zeitung fragt man sich, was man angesichts der zahllosen Probleme tun kann. Verschiedene “Lösungen” werden angeboten. Beten soll Weltfrieden bringen und für die weniger religiösen Menschen gibt’s Meditation. Wer das Bedürfnis hat zu helfen, kann eine Patenschaft für ein Kind in Afghanistan oder einen Baum am Amazonas übernehmen. An den Ursachen der Probleme ändert das alles aber nichts.

Die SLP verspricht kein Seelenheil, aber die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen gegen Sozialabbau, Rassismus, Frauenunterdrückung und Ausbeutung aktiv zu sein. Wir versprechen einen konsequenten Kampf gegen Kapitalismus und für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung. Ein Angebot, das in den letzten Wochen viele angenommen haben und Mitglied

der SLP geworden sind.

Seit Monaten sind wir konsequent aktiv gegen Nazis in Oberösterreich. Um “den rechts-extremen BFJ und andere Verbände dieser Art zu stoppen” ist Mimi der SLP beigetreten. Anna aus Linz bringt es auf den Punkt: “Früher hab ich mich immer nur beschwert, dass alles beschissen ist. Jetzt bin ich der SLP beigetreten, um aktiv daran mitzuarbeiten, dass sich etwas ändert.”

Dass Jugendliche keineswegs unpolitisch sind hat die rege Beteiligung an der Kampagne gezeigt. “Mehr Wissen” und der Wunsch “etwas zu tun” war auch für Martina ausschlaggebend für den Beitritt zur SLP. Die SLP ist nicht die einzige linke Organisation, aber “als einzige der Organisationen, mit der ich Kontakt hatte, hat mir die SLP ein sozialistisches Programm vorgestellt” stellt Nadine aus Ybbs

fest. Und Reinhard aus Feldkirchen erzählt von seinem “erfolglosen Versuch, sich innerhalb der kommunistischen Jugend zu organisieren” und dass “die SLP, nach einer Zeit beginnender Resignation, die seriöseste und beste Möglichkeit ist, sich als SozialistIn/KommunistIn zu engagieren”.

ES GIBT VIELE GRÜNDE

Die Kampagne gegen den BFJ war zwar der Punkt wo viele die SLP kennen gelernt haben – aber die Gründe für einen Beitritt sind vielseitiger. “Kriegsflüchtlinge, die über die Grenze nach Österreich kommen, werden brutal abgefangen und zurückgeschickt” – das ist für Resi, 14, Teil jenes “extremen Zustandes, der mit allen Mitteln gestoppt werden muss”. Die tägliche Unterdrückung von Frauen und

ImmigrantInnen ist Julia ein Dorn im Auge. Um sich für die “Gleichberechtigung von Frauen und ImmigrantInnen einzusetzen” ist sie daher der SLP beigetreten.

Sozialistische Politik ist politische Arbeit hier und jetzt um die tagtäglichen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen – und für eine sozialistische Gesellschaft, in der es Hunger, Krieg und Unterdrückung nicht mehr gibt. Wenn auch Du/Sie nicht mehr einfach zusehen willst/wollen – JETZT Mitglied werden bei der SLP!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt’s alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo” eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, “Peer Gynt”, 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz

Jeden Freitag, 18.00 Uhr “Alte Welt” (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im “Shakespeare”, Hubert-Sattler-Gasse 3

SLP-Amstetten

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

siehe Terminhinweise auf den Seiten 7 und 8.

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im “Shakespeare”, Hubert-Sattler-Gasse 3

SWI-Amstetten

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort “Abo” nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Leo Trotzki empfiehlt:

“Das musst Du gelesen haben!”

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Neues aus dem CWI

Neusiedler tritt ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen

ArbeiterInnen in der Slowakei von Multi Neusiedler wegen gewerkschaftlicher Organisation entlassen

Auch eine Auswirkungen der EU Osterweiterung: Der österreichische Papiermulti "Neusiedler" zahlt seinen MitarbeiterInnen in der Slowakei nur ein Achtel der in Österreich üblichen Löhne. Jetzt hat die Neusiedler in ihrem Werk in Ruzomberok in der Slowakei angekündigt, alle MitarbeiterInnen, die sich in der neuen Gewerkschaft ZOO-Papier organisieren zu entlassen. Die Entscheidung eine neue Gewerkschaft aufzubauen fiel, nachdem die offizielle Gewerkschaft KOZ gegen Initiativen für höhere Löhne aufgetreten war. Die KOZ hatte allen Unterzeichnern einer Petition für eine Lohnerhöhung von 1,25 Euro gedroht, dass sie mit rechtlichen Schritten belangt werden könnten. Nachdem Anfang November 1000 Arbeiter des Neusiedlerwerks in Ruzomberok der ZOO-Papier beigetreten sind, hat die Geschäftsführung angekündigt sich von allen MitarbeiterInnen zu trennen, die sich in der neuen Gewerkschaft organisieren. Die ZOO organisierte Solidaritätsaktionen aus anderen Betrieben und bereitete Streiks vor, um den Kampf auszuweiten. Unterstützt wurde sie dabei von Socialistická alternativa Budoucnost, dem CWI in Tschechien. Socialistická alternativa Budoucnost und das CWI organisierten internationale Protestaktionen gegen das skandalöse Vorgehen der Geschäftsführung der Neusiedler. Wir fordern die sofortige Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen, volles Recht auf gewerkschaftliche Organisation, eine Anhebung der Löhne und die offizielle Anerkennung der ZOO-Papier. Lohndruck und Standortpolitik, das Erpressen der Beschäftigten mit der Drohung der Standortverlagerung, können nur mit einer internationalen Strategie bekämpft werden – es ist nicht zu akzeptieren, wenn Belegschaften in Ost und West gegeneinander ausgespielt werden. Nur im gemeinsamen Kampf für höhere Löhne und gegen Sozialabbau kann das verhindert werden.

Protest-Emails sind nach wie vor willkommen - bitte an slp@slp.at wir leiten diese Mails weiter.

www.socialistworld.net

Welt im Umbruch – CWI im Aufbruch

Erfolgreiches Treffen des Internationalen Exekutivkomitees des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI)

Von Sonja Grusch,
Mitglied des Internationalen
Exekutivkomitees des CWI

Von 14.-20. November traf sich in Belgien die internationale Leitung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI). VertreterInnen aller Kontinente waren dabei.

Die Unfähigkeit des Kapitalismus Frieden und (soziale) Sicherheit zu gewährleisten ist überdeutlich. 1,5 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben, die Ungleichheit wächst. Auch in den USA haben 45 Millionen Menschen keine Krankenversicherung und die Kluft zwischen Arm und Reich war niemals seit den 30er Jahren so groß wie heute. Der Sieg von Bush bedeutet keineswegs Stabilität und aufgrund der Schwäche der Weltwirtschaft nehmen auch die Spannungen zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten bzw. Blöcken zu. Im Irak herrscht Krieg, die Arbeitslosigkeit liegt bei 50%, die versprochenen Gelder für den Wiederaufbau treffen nur mager ein und werden zur Hälfte zum Schutz ausländischer Einrichtungen verwendet. Dass der Irakkrieg – mit über 100.000 zivilen Opfern – die Welt nicht sicherer gemacht hat, haben CWI-Mitglieder aus Israel/Palästina und Pakistan berichtet. Und dass die durch neoliberale Reformen verstärkten sozialen Probleme nationale, ethnische und religiöse Konflikte schüren, machten Vertreter aus Indien und Sri Lanka deutlich.



WIDERSTAND NIMMT ZU

Auf die Versuche der KapitalistInnen, ihre Gewinne auf Kosten der ArbeiterInnenklasse zu halten, ging z.B. der Vertreter aus Russland ein, wo inzwischen ca. 80% der Universitäten de facto privatisiert sind und das Vertrauen in Putin sinkt. VertreterInnen der schwedischen Sektion beschäftigten sich intensiv mit den Entwicklungen in China, der zunehmenden Ausbeutung und den zunehmenden Klassenkämpfen, über die sie unter www.chinaworker.org berichten. Aber nicht nur über Angriffe, auch über Widerstand wurde berichtet. Z.B. von den Generalstreiks in Nigeria, wo die CWI-Sektion DSM eine wichtige Rolle spielt und der gewerkschaftlichen Opposition in Polen, über die die polnische Vertreterin berichtete. Aus Australien wurden die Erfolge der UNITE-Kampagne eingebracht, mit der sich prekär Beschäftigte für ihre Rechte einsetzen.

VENEZUELA

Den Entwicklungen in Venezuela war eine eigene Debatte gewidmet. Zur Zeit hat Chavez durch hohe Öleinnahmen und weil die USA im Irak beschäftigt sind, Spielraum. Seine Politik ist ein Balanceakt zwischen den Klassen – er greift Eigentum und Einfluss der KapitalistInnen nicht an, sondern versucht, ein soziales Venezuela durch den Ölreichtum zu finanzieren. Die Notwendigkeit des Aufbaus unabhängiger Organisationen der ArbeiterInnenklasse wurde insbesondere von Jenen betont, die in den letzten Mona-

ten mit Jugendlichen und ArbeiterInnen in Venezuela und anderen lateinamerikanischen Staaten diskutiert und zusammengearbeitet haben.

SOZIALISTISCHE
ALTERNATIVE NOTWENDIG

Eine kritische Bilanz verschiedener linker Projekte und auch der Arbeit des CWI machte die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms und einer sozialistischen Organisation deutlich. Ein CWI-Vertreter aus Brasilien zeigte den Rechtsruck des ehemaligen Arbeiterführers Lula auf. Lula hat die Logik des Kapitalismus akzeptiert und bricht seine Wahlversprechen: der Markt wurde für gentechnisch veränderte Produkte geöffnet, die Landlosen warten immer noch auf Land, an den Unis sind Privatisie-

rungsschritte geplant und die Gewerkschaften sollen geschwächt werden. Die Entwicklung der PSOL, einer neuen sozialistischen Formation wird daher vom CWI unterstützt. Aus Deutschland wurde die Entwicklung der "Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit" (WASG) geschildert, die auf großes Interesse stößt. Ihr wesentlicher Schwachpunkt ist, dass sie von oben herab organisiert wird und sich nicht an die Spitze der Bewegungen z.B. gegen Hartz IV gestellt hat. Die VertreterInnen des CWI in Deutschland treten in der WASG für ein sozialistisches Programm ein und weisen auf die Grenzen im Rahmen des Kapitalismus hin.

Ein Bericht über die Aktivitäten des CWI in Afrika, Amerika, Asien, Australien und Europa würde die Seiten von Vorwärts sprengen. Sie können aber unter www.socialistworld.net nachgelesen werden und haben eines gemeinsam: es geht darum, mit ArbeiterInnen und Jugendlichen für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung zu kämpfen – denn nur das kann der Menschheit international eine Zukunft geben.

TERMIN

Freitag, 17.12.2004, Wien

DISKUSSION:
"Lula in Brasilien - Warum sich die P-SOL gebildet hat"

SLP Wien-Süd (siehe S. 6)

Hat die US-Bevölkerung die Regierung, die sie verdient?

Bush II: Führte Dummheit zum Wahlsieg?

Von Franz Breier jun.

Warum versagte die Demokraten-Partei? Kerry kämpfte gegen den Stil, nicht den Inhalt von Bushs Politik. Er war ebenso für den Krieg. Er kündigte an, mehr Truppen nach Irak schicken zu wollen, er hatte in Sozial- und Wirtschaftspolitik ein Bush-light-Programm.

Am Zustandekommen des Wahlergebnisses sind überdies Medien-Betrug, Einschüchterungen und erwießenmaßen sogar Unregelmäßigkeiten bei den Zähl-Maschinen beteiligt. Das Wahlsystem erlaubt in der Praxis nur KandidatInnen echte Chancen, die 100 Mio. \$ oder mehr hinter sich haben (die Bush-Kampagne verschlang in Summe an die 4 Mrd. \$). MigrantInnen ohne Staatsbürgerschaft und Haftentlassene sind vom Wahlrecht sowieso ausgeschlossen. Die Stimmungslage, speziell unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen, wird durch das Ergebnis verzerrt wiedergegeben.

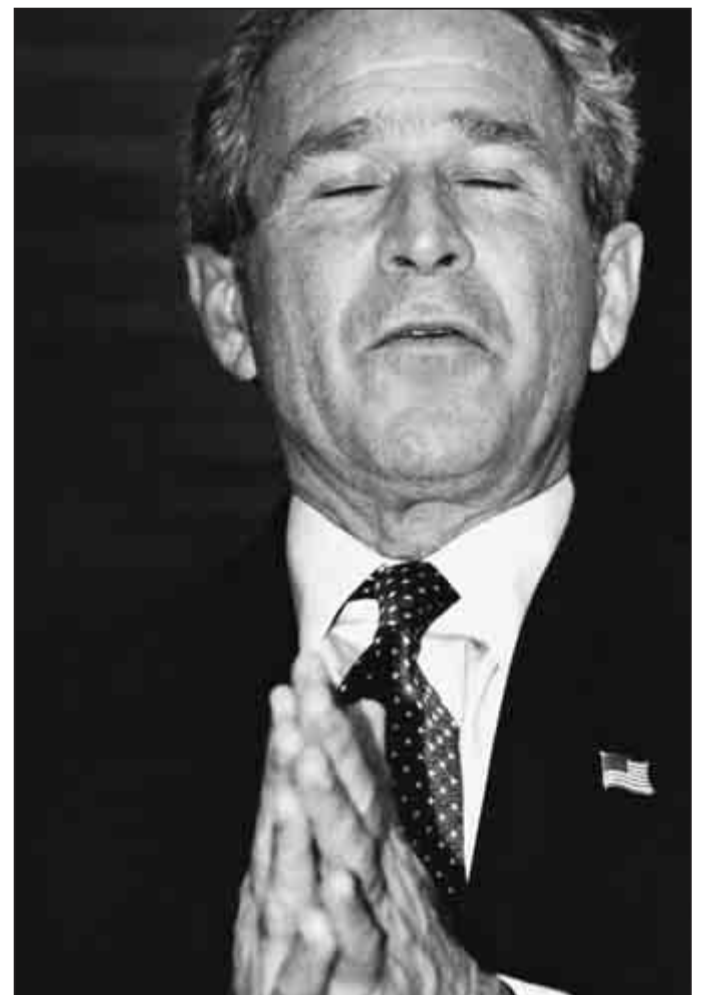
Die Republikaner gaben eine klare Perspektive aus. Mit Angriffen auf Homosexuelle und das Abtreibungsrecht konnte Bush mehr religiös Konservative mobilisieren als 2000. Selbst viele arme Menschen und ArbeiterInnen, die durch Bushs Politik viel verlieren, haben ihn gewählt. Bushs Kampagne vermittelte für sie den Eindruck von Entschlossenheit, eines Plans in einer immer unsicheren Welt. Andererseits hätte Bushs Kreuz mit klarem Programm und einer Massenkampagne zugunsten der ArbeiterInnenklasse besiegt werden können. In Florida und Nevada (beide gingen an Bush) gab es parallel zu den Präsidentschaftswahlen Abstimmungen über die Anhebung des Mindestlohns. In Florida stimmten 72 % dafür, obwohl die Republikaner diese Initiativen bekämpft hatten!

Das Problem sind die Führungen der Gewerkschaften und diverser Bewegungen, die ihr Schicksal und die Energie zehntausender AktivistInnen (noch immer) an die Demo-

kraten-Partei ketten. Das ist (wenn der Begriff überhaupt angemessen ist) die wahre Dummheit. In den Massenmedien verschwiegen und wegen Geldmangel nur in der Lage, eine Minderheit zu erreichen, zeigte die Kandidatur des unabhängigen Ralph Nader auf: eine klare Stimme gegen Konzern-Herrschaft, Besatzung, Demokratieabbau und Sozialkollaps.

Obwohl wir nicht daran zweifeln sollten, dass Bushs Fanatiker-Team die bisherige Politik weiter voranzutreiben wünscht, wird sie der innere und äußere Widerstand - mal weniger, mal mehr - daran hindern. Wird Bush wirklich "4 more years" haben? Kurz nach der Wiederwahl Nixons 1972 wurde dieser in Folge des erzwungenen Rückzugs der US-Truppen aus Vietnam, Massenprotesten und einem Skandal gestürzt ...

Angeht die wirtschaftlichen Lage in den USA und dem "Supergau" im Irak ist dies auch für Bush 2 kein unwahrscheinliches Szenario.



VORWÄRTS

sozialistische zeitung

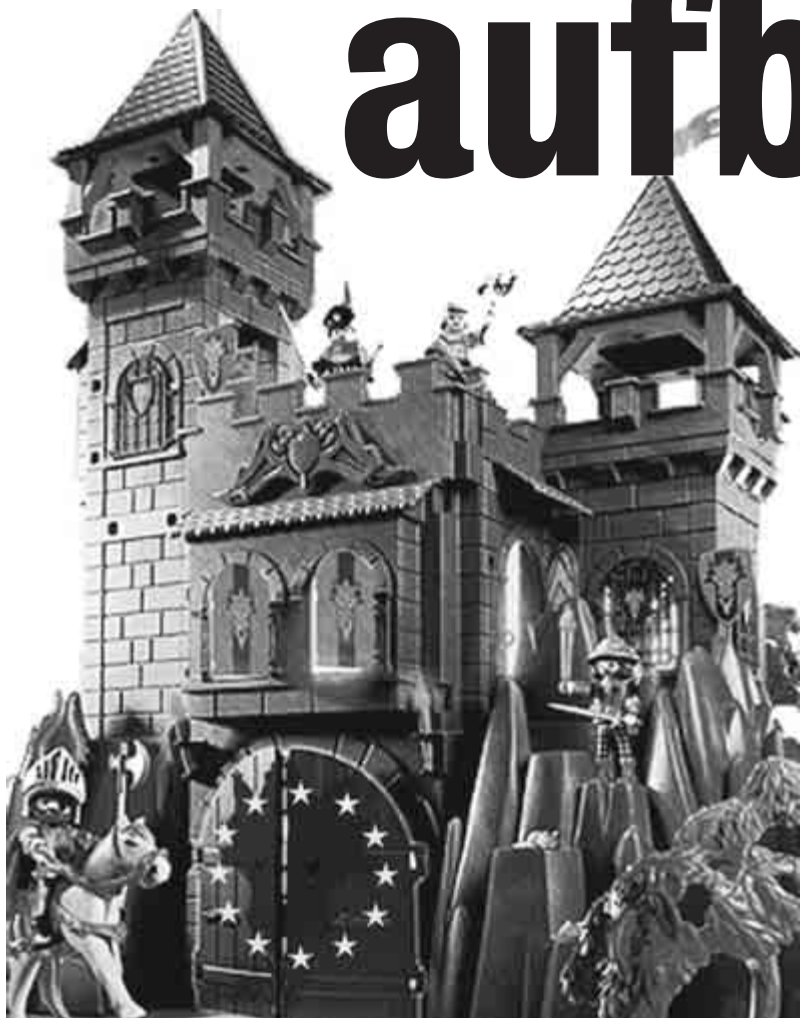
Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 142

Dezember 2004/Jänner 2005

Festung EUropa aufbrechen!



Statt Lösungen für die soziale Krise zu bieten, hetzt EUropa gegen die Schwächsten der Schwachen

von Pia Abel, OG Wien-Mitte

Die Krise, in der sich der Kapitalismus befindet, wird zusehends auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Die ersten Winterwochen waren begleitet von einer beispiellosen medialen Hetze gegen MigrantInnen und AsylwerberInnen.

In Österreich ließen sich zwischen in den letzten Jahren jeweils rund 50.000 MigrantInnen "netto" nieder. Lediglich 8.000 davon kamen aus EU-Staaten. Außer für "Schlüsselarbeitskräfte" ist der Familiennachzug de facto die einzige Möglichkeit für Menschen, die nicht aus den EU-Staaten kommen, sich niederzulassen. Diese Menschen dürfen zumeist nicht arbeiten und sind von wesentlichen sozialen und politischen Rechten ausgeschlossen. In der Realität bedeutet das, dass der Großteil der nach Österreich kommenden MigrantInnen in enormer Abhängigkeit lebt: Entweder gegenüber dem meist männlichen legal arbeitenden Familienangehörigen. Oder als illegal Beschäftigte/r gegenüber einem Unternehmer. Seit Anfang der Neunziger Jahre

stellt die Hetze gegen MigrantInnen einen entscheidenden Teil der Innenpolitik dar. Doch führt diese Politik, wie man an den Zahlen sieht, nicht zu einer Lösung des Problems erzwungener Migration, sondern schafft Menschen mit einem Status zweiter Klasse.

ASYL: EUROPA LIEGT
IN WEITER FERNE

Die EU-Asylpolitik der letzten Jahre zeigt deutlich ihre Wirkung: immer weniger Menschen stellen in den westlichen Industriestaaten einen Antrag auf Asyl – obwohl Not und Verfolgung weltweit nicht geringer werden. Mind. 17 Mio. Menschen sind derzeit auf der Flucht. 25 Millionen "Binnenvertriebene" scheinen in der UN-Statistik erst gar nicht auf. Nur eine sehr geringe Anzahl an Flüchtlingen weltweit lässt sich in den westlichen Industrieländern nieder: Zwischen 1996 und 1999 waren es ca. 350.000 in Europa und Nordamerika, zwischen 1991 und 1995 sind es noch knapp 700.000 gewesen. Laut der letzten Statistik des UNHCR wurden in den ersten drei Monaten dieses Jah-

res in 13 EU-Mitgliedstaaten um 15 Prozent weniger Asylgesuche als im Vergleichszeitraum gestellt. In ganz Europa waren es sogar 18 Prozent weniger Asylanträge, in Nordamerika 8 Prozent. In Österreich sind die gestellten Asylanträge um 24 Prozent zurückgegangen und bildet damit mit Schweden das Schlusslicht der Liste von potentiellen Aufnahmeländern (Quellen: UNHCR und Le Monde diplomatique, Paris 2003, S.90.).

MEDIEN UND
REGIERUNG HETZEN

Entgegen der Faktenlage wird ein Bild gezeichnet, in dem "Österreich das Asylland Nummer 1" sei und von "kriminellen Illegalen" nur so überschwemmt wird. Haider hat einen Aufnahmestopp über Kärnten verhängt, in einer Nacht- und Nebelaktion wurde die rückwirkende Kinderbeihilfe für Flüchtlingskinder abgeschafft. Strasser kündigte massiven Zwang und eine Verschärfung der Lage von AsylwerberInnen an. Nachdem er vorerst überhaupt keine Zahlen für den angeblichen

"Asylmissbrauch" nennen konnte, wartete er schließlich Ende November mit einer äußerst dubiosen Statistik auf, die einerseits bloß von Anzeigen und nicht von Verurteilungen ausgeht und andererseits nicht unterscheidet, ob diese AsylwerberInnen überhaupt im Land bleiben wollen. In der gesamten Debatte geht es natürlich auch nicht darum, die Ursachen der bestehenden Kriminalität von AsylwerberInnen zu sehen: die meisten von Ihnen müssen mit EUR 40,- im Monat auskommen und haben keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Im täglichen Überlebenskampf hier nicht gegen irgendwelche Gesetze zu verstoßen, würde eigentlich an ein Wunder grenzen.

INTERNATIONALER KAMPF

Während sich die Lage für Flüchtlinge weltweit immer mehr verschärft, entwickelt sich aber auch Gegenwehr. Entscheidende Rolle kommt hier international auch dem Transportwesen zu, das tagtäglich mit der grausamen Abschiebep Praxis in Europa konfrontiert ist. So haben gerade in diesem Bereich Pilo-

ten, Flugpersonal und Fluggäste Abschiebungen verhindern können. Auch gibt es in Deutschland momentan eine Kampagne gegen die Firma Lufthansa und deren lukratives Geschäft mit den Abschiebungen. Auch wurde von Aufständen von Betroffenen berichtet, die in Auffanglagern an der französischen Grenze und in Australien untergebracht waren. Das Internationale Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, CWI, kämpft in über 135 Ländern der Welt für die Gleichstellung aller Menschen, egal welcher Herkunft auf Seiten der Betroffenen. Nur ein gemeinsamer Kampf kann die Antwort auf die internationale Krise des Kapitalismus sein- und damit der Ursache für Vertreibung, Perspektivlosigkeit und Flucht.

TERMINE

Mittwoch, 12. 01. 2005, Wien

DISKUSSION:
"Die Gefahr des Rechtsextremismus am Beispiel der AFP"

SLP Wien-West (siehe S. 6)

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at